

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Königlich privilegierte Berliner Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsstells): H. Bachmann in Berlin.

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 200, 11 802, 11 803 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Vor der Abstimmung über das Wahlrecht.

Sewastopol besetzt.

Der Bericht des Großen Hauptquartiers.
Großes Hauptquartier, 2. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Secresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

An den Schlachtfrenten ist die Lage unverändert. Der Artilleriekampf war im Abschnitt des Kemmel-Berges gesteigert. Auch zwischen Comme und Luce-Bach, bei Montdidier, Passigny und Rohon lebte er vielfach auf. Im übrigen blieb die Gesehäftstätigkeit auf Erkundungen beschränkt.

Secresgruppe Herzog Albrecht.

An der lothringischen Front war die französische Artillerie in den Nachmittagsstunden reger. Kleinere Vorstöße des Feindes wurden abgewiesen.

Osten.

Ukraine.

Vor Sewastopol brachen wir feindlichen Widerstand. Die Stadt wurde am 1. Mai kampflos von uns besetzt.

Der Erste Generalsquartiermeister
Ludendorff.

Die Fernbeschießung von Paris.

Sevassmeldung.

Paris, 1. Mai.

Sukken ist die Veranlassung, weshalb die Verhandlungen zunächst nicht vom Fied kommen. Die Artie scheint jedoch merklich abgeklaut zu sein. Wie das „Handelsblad“ weiter erklärt, wurden verschiedene militärische Maßnahmen, die auf Grund des unsicheren politischen Zustandes getroffen wurden, wieder rückgängig

gemacht, so wurde die Verordnung aufgehoben, nach der die Eisenbahnämter in Orten, die militärische Garnison haben, auch nachts für den militärischen Gebrauch geöffnet sein mußten. Dasselbe geschah auch mit der militärischen Ueberwachung der Eisenbahnstationen.

Dr. Friedberg über die Auflösungsfrage.

Wenn nicht besondere Ueberwachungen eintreten, wird sich das Schicksal des gleichen Wahlrechts erst in der dritten Lesung entscheiden. Mit der Ablehnung in der zweiten Lesung wird wohl allgemein gerechnet. Gespannt ist man nur auf das Stimmverhältnis, das für die Aussichten der Verständigungsbemühungen zwischen der zweiten und dritten Lesung Fingerzeige geben wird.

Der freikonservative Abg. Rewoldt sprach mit angeregter Stimme, ohne das allgemeine Gespräch dauernd überdönen zu können, das die starke Erschöpfung des Interesses anzudeuten pflegt. Zahlreiche Gruppen sah man in eifrigem Privatgespräch, so Dr. Lohmann, der einem größeren Kreise seiner näheren oder ferneren Parteifreunde einen Sondervortrag hielt. Auf der rechten Seite empfing gleichgültig Herr v. Heudebrandt seine Götter einzeln und gruppenweise zur Erstellung der letzten Instruktionen in Audienz, und während die Rede Rewoldts unentwegt weiterging, waltete sich auf der Tisfel ein bemerkenswerter Rollenwechsel. Die Rechte hatte sich überzeugen müssen, daß die Mundtotmachung des Abg. v. Kardorff undurchführbar sei. Der konservative Parteiführer v. d. Osten tauchte deshalb mit den freikonservativen Wahlrechtsfreunden den Blick in der Rednerliste zugleich mit der Absicht, das letzte Wort in der Debatte zu behalten, die nach seiner Rede offenbar geschlossen werden soll.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg nahm Gelegenheit, mit derselben Behutsamkeit wie auf dem nationalliberalen Parteitag die Frage der eventuellen Auflösung zu behandeln. Sie wäre unerwünscht, aber sei nicht unmöglich. Wer sie als eine große Gefahr ansieht, soll daraus den Schluß ziehen, sich mit der Regierung zu einigen, nicht aber verlangen, daß die Regierung zurückweiche. Die endgültige Stellungnahme der Staatsregierung wird erst bei der dritten Lesung erfolgen.

Das war wohl von vornherein erwartet. Ein sehr kluger und erfahrener Staatsmann äußerte kürzlich zu dieser Frage: Man löst in der zweiten Lesung nur auf, wenn man nicht haben möchte, daß es in der dritten Lesung zur Einigung kommt. Eine solche Situation bestand 1906, als Billow den Reichstag unter allen Umständen auflösen wollte und deshalb eine Abstimmung zweiter Lesung begierig aufstieß. Diesmal liegt die Sache ganz anders. Die Regierung wünscht und erhofft die Einigung auf dem Boden des gleichen Wahlrechts und deshalb kann sie sich nicht darauf beschränken, vorzeitig einen Durchbruch herbeizuführen, der vielleicht doch noch vermeidbar ist.

Und dann kam das große Ereignis. Des genialen Kardorff, eine der größten Gestalten der deutschen Parlamentsgeschichte, politisch begabter Sohn, trug mit Beharrlichkeit und starker Empfindung eine aus Gewissensnot und klarer Erkenntnis geborene Erklärung zugunsten der Regierungsvorlage vor. Es war eine Rede, die gehalten werden mußte, die uns erklärte, warum Herr v. Kardorff aus der Partei, an der er mit allen Fasern seines Herzens hing, austrat, weil man ihn dazu zwingen wollte, auf sich zu verzichten. Gerade als Konservativer, ein Mann, der gegen das gleiche Wahlrecht die schwersten Bedenken hat, warnte der Redner vor den Gefahren der Ablehnung und er bestätigte unsere kürzliche Andeutung, daß ein großer Teil der konservativen Fraktion des Herrenhauses heute schon bereit ist, sich mit dem gleichen Wahlrecht abzufinden. Daß die Regierung zur Auflösung gezwungen wäre, bezeichnete der Redner als absolut selbstverständlich und er prophezeite eine Zertrümmerung der heutigen Mehrheit. Die einzige Zukunft der Konservativen liegt darin, daß sie zur Volkspartei werden. Fast jeder sah Klang in dem Munde dieses Landrats von altpreussischem Schrot und Korn wie eine Offenbarung, obwohl, oder weil er nur aussprach, was kein unvoreingenommener Politiker bestreiten kann. Mit der Aufforderung zu einer Verständigung, die sich besonders auch an die Freunde Dr. Lohmanns wandte — schloß der Redner.

Für die nationalliberalen Anhänger des Wahlrechts sprach der Göttinger Professor Otto, mit akademisch wohlbedachtem Worten. Nach der Rede des konservativen Abgeordneten v. d. Osten wird die Abstimmung erwartet.

Der Sitzungsbericht.

Präsident Graf Schwerin-Ludwig eröffnete die Sitzung einige Minuten nach der festgesetzten Zeit. Der Saal ist außerordentlich dicht gefüllt, und in dem herrschenden Stimmengewirr ist der erste Redner der freikonservativen Abgeordneten Dr. Rewoldt auf der Tribüne kaum zu verstehen.

Abg. Dr. Rewoldt (kons.):

Die Staatsregierung trägt die volle Verantwortung dafür, daß sie in der letzten Zeit die Wahlrechtsvorlage eingebracht hat. Dies halte ich für ein nationales Unglück. Wir können diese Vorlage unter keinen Umständen mitmachen. Wir wollen die Krone, ihre Stellung, ihre Rechte retten. Wir sind aber nicht bereit, selbst dann, wenn der derzeitige Träger der Krone nach unserer Auffassung schlecht beraten ist und unter einem Druck handelt, diesem Druck nachzugeben. Wir halten uns dazu für verpflichtet als überlegte Monarchisten. Redner bespricht dann weiter, welche Möglichkeiten die Regierung habe, wenn sie die von ihr angedrohten äußersten verfassungsmäßigen Mittel anwenden wolle. Diese Mittel, welche der Krone zur Verfügung stehen, sind zunächst die Zurückziehung der Vorlage, dann die Vertagung des Landtages, dann die Entlassung der Minister und endlich die Auflösung des Landtages. Vor der Auflösung des Landtages möchte ich auf das dringendste warnen. Darin läge eine schwere Benachteiligung unserer Wähler im Felde. Auf das entschiedenste müssen wir es ferner ablehnen, wenn direkt oder indirekt auf die Abgeordneten ein Druck ausgeübt wird, damit sie ihre feste Ueberzeugung ausgeben.

Minister Dr. Friedberg:

Der Herr Abg. Dr. Rewoldt hat sich mit dem Gedanken aneinandergelehrt, was geschehen wird, wenn die Vorlage der Regierung nicht angenommen wird. Ich kann dem Herrn Abgeordneten versichern, daß die Regierung einen der von ihm erwähnten Wege bestimmt beschreiten wird. (Geheul.) Auch die königliche Staatsregierung hält es nicht für im Interesse des Landes liegend, wenn zur Auflösung des Landtages geschritten werden müßte. Sie ist überzeugt, daß dieser Weg im Interesse des Vaterlandes nicht eingeschlagen werden soll. Aber von der Meinung des Herrn Abgeordneten, daß dieser Weg insoweit überhaupt nicht beschritten werden solle, weiche ich doch weit ab. Herr Dr. Rewoldt hat sich auf einige Zeugen dafür berufen, daß die Auflösung nicht möglich sei. Er hat sich u. a. berufen auf eine Rede, die ich in Hannover gehalten habe. Ich mußte auf diesen Einwand gefaßt sein. Es ist mir eine besondere Ehre, daß das, was ich in Hannover gesagt habe, fortwährend zitiert wird. Aber ich muß dies auch vollständig aufrecht erhalten, was ich damals in den damaligen Zeitumständen gesagt habe; von der Kritik, die ich damals an der Regierung geübt habe, habe ich nichts zurückzunehmen. Ich kann aber in meiner derzeitigen Stellung nicht weiter darauf eingehen.

Der Herr Abgeordnete hat weiter in der Begründung des Gesetzentwurfes über die Verlängerung der Legislaturperiode nach Beweisen dafür gesucht, daß die Regierung selbst eine Auflösung des Landtages in Preußen nicht für möglich hält. Der Herr Minister des Innern hat bereits in den mündlichen Ausführungen zur Begründung der Vorlage darauf hingewiesen, daß es sich nur um eine Auflösung zum Zweck der normalen Wahlen handelt, daß aber die königliche Staatsregierung in einer Notlage, wie sie bei Ablehnung des Gesetzentwurfes hier vorliegt, nicht auf eine Auflösung verzichten könne. Im übrigen hätten mich die Einwände, die Herr Dr. Rewoldt gegen die eventuelle Auflösung des Landtages vorgebracht hat, weniger überfallen, wenn sie von